

Boss, Alfred

Article — Digitized Version

Staatshaushalt: Finanzpolitik auf Konsolidierungskurs

Wirtschaftsprognose

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred (1994) : Staatshaushalt: Finanzpolitik auf Konsolidierungskurs, Wirtschaftsprognose, FAZ-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen, Frankfurt a. M., pp. 6-7

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3753>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

✓ Staatshaushalt: Finanzpolitik auf Konsolidierungskurs

Abgeschwächte Zunahme der Staatsausgaben. Nach einer jahrelang viel zu kräftigen Ausweitung der öffentlichen Ausgaben sind Bund, Länder und Gemeinden dabei, die Expansion ihrer Ausgaben zu begrenzen. Einige Kürzungen im Sozialbereich und eine vergleichsweise mäßige Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst wirken sich dabei ebenso aus wie die – freilich bescheidene – Verringerung des Personalbestandes und die Einschnitte in die militärischen Ausgaben.

Im ersten Jahresdrittel 1994 waren die Ausgaben des Bundes und der Länder insgesamt freilich noch um 6% höher als ein Jahr zuvor, weil die Lohnerhöhungen, zu denen es im Verlauf des Jahres 1993 insbesondere in den neuen Ländern kam, nachwirken und weil sich die Einsparmaßnahmen noch nicht voll niederschlagen konnten. Die Ausgaben der alten Bundesländer (einschließlich Berlin) überstiegen ihr Vorjahresniveau um 2%; die Ausgaben der neuen Bundesländer, in denen die Löhne im öffentlichen Dienst zur Jahresmitte 1993 um 8% erhöht worden waren, waren um rund 10% höher als im ersten Jahresdrittel 1993.

Im gesamten Jahr 1994 werden die Ausgaben aller Gebietskörperschaften um rund 4,5% zunehmen (1993: 5%). Dem Bund dürfte es 1994 gelingen, den Planansatz (480 Mrd DM) zu unterschreiten; maßgeblich dafür ist, daß die Arbeitslosigkeit etwas niedriger als geplant ausfallen wird und daß deshalb der budgetierte Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit nicht in voller Höhe ausgezahlt werden muß. Im Jahre 1995 werden Bund, Länder und Gemeinden vermutlich auf Sparkurs bleiben.

Hohes Steueraufkommen zu Jahresbeginn 1994. Die Steuereinnahmen überstiegen im ersten Jahresdrittel ihren Vorjahreswert um 10%; das Umsatzsteueraufkommen war sogar 14% höher. Maßgeblich dafür sind einige Steuererhöhungen des Jahres 1993, die sich erst jetzt voll auswirken (Einführung des Zinsabschlags und Erhöhung der Mehrwertsteuer jeweils zum 1. Januar 1993, Erhöhung der Versicherungsteuer zur Jahresmitte 1993), sowie die drastische Erhöhung der Mineralölsteuer zum Jahresbeginn 1994. Nicht ohne Bedeutung war aber auch die konjunkturelle Belebung nach der Jahreswende.

Steueraufkommen. Nach der Vorausschätzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom Mai 1994 wird das Steueraufkommen 1994 rund 785 Mrd DM betragen und damit 4,8% höher sein als 1993. Nach unserer Wachstumsprognose wird das Steueraufkommen mit rund 790 Mrd DM etwas höher ausfallen.

Die amtliche Korrektur der gesamtwirtschaftlichen Eckdaten für die Jahre 1995 bis 1997 hat dazu geführt,

Haushaltsdefizit sinkt (Budgetsalden in Mrd DM)¹⁾

	1993	1994 (S)	1995 (P)
Bund	- 61	- 56	- 60
Länder, Westen	- 20	- 18	- 17
Länder, Osten	- 16	- 14	- 12
Berlin	- 6	- 7	- 7
Gemeinden, Westen	- 11	- 10	- 9
Gemeinden, Osten	- 6	- 6	- 4
Gebietskörperschaften	- 120	- 111	- 109
ERP-Sondervermögen	- 2	- 7	- 10
Fonds „Deutsche Einheit“	- 14	- 8	0
Kreditabwicklungsfonds ²⁾	0	0	- 1
Gebietskörperschaften und Sonderhaushalte	- 136	- 126	- 120
Treuhandanstalt ²⁾	- 38	- 44	0
Sozialversicherung	3	5	2
Öffentlicher Sektor	- 171	- 165	- 118
Bundesbahn, Reichsbahn, Bundeseisenbahnvermögen und Bundespost	- 20	- 15	- 17
Insgesamt	- 191	- 180	- 135

- 1) In der Abgrenzung der Finanzstatistik, Gewinnablieferung der Bundesbank aber in voller Höhe als Einnahme gebucht.
- 2) Ohne übernommene Schulden im Rahmen der Abwicklung der Haushalte der ehemaligen DDR oder im Zusammenhang mit der Währungsumstellung sowie der Erstellung der Eröffnungsbilanzen der Unternehmen im Gebiet der ehemaligen DDR.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Bundesministerium der Finanzen; Treuhandanstalt; eigene Schätzung (S) und Prognose (P).

Schuldenberg wächst

(Bestand der öffentlichen Schulden zum Jahresende in Mrd DM)

	1993	1994 (S)	1995 (P)
Bund	685	730	789
Länder, Westen ¹⁾	393	418	442
Länder, Osten	40	54	66
Gemeinden, Westen	153	163	172
Gemeinden, Osten	18	20	22
Gebietskörperschaften	1.289	1.385	1.491
ERP-Sondervermögen	28	33	42
Fonds „Deutsche Einheit“	87	95	94
Kreditabwicklungsfonds ²⁾	101	138	-
Bundeseisenbahnvermögen	-	72	79
Treuhandanstalt ³⁾	168	218	-
Kommunale und genossenschaftliche Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR	51	51	-
Erblastentilgungsfonds	-	-	387
Bundesbahn/Reichsbahn	66	-	-
Öffentlicher Sektor	1.790	1.992	2.093
- in % des BIP	57,6	61,2	61,1
Nachrichtlich:			
Bundespost	105	115	125
Insgesamt	1.895	2.107	2.218

- 1) Einschließlich West- und Ost-Berlin.
- 2) Altschulden, Ausgleichsverbindlichkeiten.
- 3) Einschließlich übernommener Altkredite und eingeräumter Ausgleichsverbindlichkeiten.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Bundesministerium der Finanzen; Treuhandanstalt; eigene Schätzung (S) und Prognose (P).

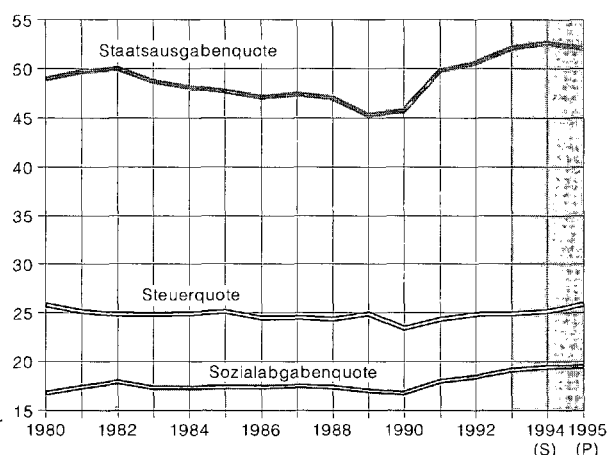
daß der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ wesentlich geringere Steuereinnahmen prognostiziert als im Mai 1993. Die Gebietskörperschaften werden daraufhin ihre Ausgabenpläne anpassen müssen. Dies wird ihnen weniger Mühe bereiten, als die aktuelle politische Diskussion vermuten läßt. Die Korrektur der Einnahmedaten beruht nämlich fast allein darauf, daß mittelfristig eine geringere Inflationsrate als vor einem Jahr erwartet wird. Bei geringerer Inflationsrate werden aber auch der Anstieg der Löhne im öffentlichen Dienst sowie die Ausgaben für Güter und Dienstleistungen geringer sein, als dies bislang zu veranschlagen war. Zudem werden viele Sozialleistungen weniger rasch angepaßt werden; die heimliche Entwertung nominal fixierter Sozialleistungen wird allerdings erschwert. Betroffen sind die öffentlichen Haushalte nach der Korrektur der künftigen Steueraufkommen vor allem dadurch, daß die Zinsen auf die bestehenden Schulden unverändert gezahlt werden müssen; die Zinsen machen einen erheblichen Teil der öffentlichen Ausgaben aus (1994: 12,7% der gesamten Ausgaben der Gebietskörperschaften (einschließlich der Sonderhaushalte); 1995: 13,5%).

Abnehmendes Budgetdefizit – Schuldenquote auf Rekordniveau. Das Budgetdefizit des öffentlichen Sektors (ohne Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost) dürfte 1994 mit rund 165 Mrd DM nur wenig geringer sein als 1993 (siehe Tabelle auf Seite 6). Im Jahre 1995 wird der Staat den Kapitalmarkt aber deutlich weniger belasten als in den Jahren 1992 bis 1994. Dazu trägt die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung bei, weitaus wichtiger sind aber andere Faktoren. Die Steuern werden 1995 abermals erhöht: Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags (28 Mrd DM), Erhöhung der Versicherungssteuer und der Vermögensteuer. Auch wird die Kapitalnachfrage der Treuhandanstalt entfallen; nach deren Neuorganisation sind zwar zusätzliche Ausgaben der neuen Länder und des Bundes für Aufgaben, die bislang von der Treuhandanstalt wahrgenommen wurden, zu erwarten, der damit verbundene Kapitalbedarf wird aber weitaus niedriger sein als die wegfallende Kapitalnachfrage der Treuhandanstalt.

Die hohe Neuverschuldung der vergangenen Jahre zusammen mit der Übernahme von Altschulden hat zu einer drastischen Zunahme des Schuldenstandes geführt (siehe Tabelle). Er wird sich Ende 1994 – gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt – auf gut 61% belaufen. Für 1995 ist ein ähnlicher Wert zu erwarten; das diesbezügliche Maastricht-Kriterium (60%) wäre damit nicht erfüllt.

Arbeitslosenversicherung. Der Bund hat 1993 rund 24 Mrd DM an die Bundesanstalt für Arbeit gezahlt, um deren Zahlungsfähigkeit zu sichern. In der Erwartung, der Zuschuß werde 1994 steigen, wurden das Arbeitslosengeld, das Kurzarbeitergeld und andere Leistun-

Steigende Abgabenlast (Staatsausgaben, Steuern und Sozialabgaben in % des BSP)¹⁾



1) Auf Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, einschließlich Treuhandanstalt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Schätzung (S) und Prognose (P).

gen der Bundesanstalt für Arbeit, aber auch die Arbeitslosenhilfe, gekürzt.

Im Zeitraum Januar bis Mai 1994 wendete die Bundesanstalt für Arbeit rund 9% weniger Mittel auf als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Im Jahre 1994 insgesamt werden sich die Ausgaben vermutlich auf 102 Mrd DM belaufen und damit das Haushaltssoll um 5 Mrd DM unterschreiten. Rückläufig sind sowohl die Ausgaben für Arbeitsbeschaffung, Qualifizierung, Umschulung etc. als auch die für das Kurzarbeitergeld. Demgegenüber werden die Ausgaben für das Arbeitslosengeld trotz der Kürzungen kräftig zunehmen, weil die Beschäftigung erst mit Verzögerung auf die konjunkturelle Besserung reagiert.

Abgabenbelastung so hoch wie nie zuvor. Die Steuerbelastung wird 1994 wegen der Erhöhung der Mineralölsteuer steigen. In der Rentenversicherung ist der Beitragssatz Anfang 1994 um rund 10% auf 19,2% erhöht worden (Mehraufkommen von rund 23 Mrd DM). Dem steht eine geringfügige Senkung des Beitragssatzes zur Krankenversicherung (1993: 13,4%) gegenüber. Die gesamte Abgabenbelastung (Steuern und Sozialabgaben) wird wohl 44,5% des BSP betragen.

Im kommenden Jahr werden nicht nur die Steuern erhöht, auch die Belastung durch die Sozialbeiträge wird zunehmen. Der Beitragssatz in den „traditionellen“ Zweigen der Sozialversicherung insgesamt wird zwar etwas abnehmen, aber die Pflegeversicherung wird eingeführt. Die Abgabenquote wird wohl auf 45,5% zunehmen.

*Dr. Alfred Boss,
Institut für Weltwirtschaft*